

## Weniger Macht dem Präsidenten

Initiative für eine neue Verfassung

Von Jeanne Rubner

Das Buch trägt den hübschen Titel „Der permanente Staatsstreich“ und handelt vom Amt des französischen Präsidenten. Im Elysée-Palast, heißt es darin, regiere ein autoritärer Herrscher auf Kosten des Parlaments. Geschrieben hat das im Jahr 1964 ein gewisser François Mitterrand.

Sechs Jahre zuvor hatte General de Gaulle die Fünfte Republik proklamiert – und dem Staatschef (also sich selbst) so viel Macht eingeräumt, wie sie kein anderes Staatsoberhaupt in Europa genießt. Der Präsident ernannt und entlässt den Premier, er bestimmt die großen Linien der Innen- und Außenpolitik. Er kann das Volk befragen und besetzt alle wichtigen Posten der Republik, vom Verfassungsrat bis zum Rechnungshof. Er ist, anders als der Regierungschef, den Abgeordneten keine Rechenschaft schuldig, kann aber das Parlament auflösen.

Als Charles de Gaulle 1958 die neue und damit fünfte Verfassung seit Bestehen der Republik durchsetzte, war Frankreich in den mörderischen Algerienkrieg verstrickt. Der General hegte ein tiefes Misstrauen gegen Parteien und Parlament, er war geprägt von den chronisch schwachen Regierungen der Vierten Republik, die regelmäßig abdanken mussten, sowie von der Machtlosigkeit des Präsidenten Albert Lebrun, der 1940 vor den Nazis kapituliert. Auch seine Nachfolger Georges Pompidou, Valéry Giscard d'Estaing, François Mitterrand und Jacques Chirac haben sich gut in die Präsidentenrolle gefügt und das monarchische Image gepflegt.

Inzwischen aber erscheint vielen Franzosen die Machtfülle des Präsidenten



Die Grande Nation feiert sich selbst: Parade am 14. Juli in Paris. Foto: dpa

nicht mehr zeitgemäß, mehrere Abgeordnete machen sich für eine neue Verfassung stark; mit einer solchen würde die Sechste Republik begründet. Interessanterweise sehen selbst die aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten die Rolle des Staatsoberhaupts kritisch. Der Grund dafür ist wohl, dass alle drei sich als Politiker des Wechsels verstehen, die eine demokratischere Kultur in Frankreich etablieren wollen. Vor allem wollen sie das Parlament stärken.

Am deutlichsten tritt der Zentrist François Bayrou für eine neue Verfassung ein. Er will nach US-Vorbild den Präsidenten zum Regierungschef machen und durch die Auflösung der Elite-Verwaltungshochschule Ena die Vetterwirtschaft eindämmen. Die Sozialistin Ségolène Royal will in einem Volksbegehren die Bürger über eine Sechste Republik abstimmen lassen. Vorsichtiger äußert sich Sarkozy, der die Möglichkeiten der bestehenden Verfassung ausschöpfen möchte, um dem Parlament mehr Autonomie zu geben. Als Präsident würde er den Abgeordneten freiwillig Rechenschaft ablegen. Falls Sarkozy gewinnt, kann er zeigen, ob er es ernst meint. François Mitterrand jedenfalls wollte von seinen mutigen Thesen bald nichts mehr wissen. Als er 1981 Präsident wurde, sagte er nur, die Regeln der Republik seien zwar gefährlich, er werde sich aber einstweilen arrangieren. Das tat er 14 Jahre lang.

Selten haben auch Nicht-Franzosen mit solcher Spannung auf die Präsidentschaftswahl geschaut wie in diesem Jahr. Unter den Kandidaten am Sonntag sind eine

Frankreich vor der Wahl

Frau, die als Kämpferin gegen das politische Establishment antritt, aber selbst aus

diesem kommt; ein Konservativer, dessen Vorfahren aus Ungarn stammen. Und ein Senkrechtstarter, der die Wahlchancen der beiden Favoriten zunichte machen könnte.

## Die Angst vor dem Zielfoto

Knapp, sehr knapp könnte die erste Runde ausgehen – wer derzeit vorne liegt, ist unklar

Von Gerd Kröncke

Nun also geht es in die letzte Phase vor der Entscheidung, nach der nur noch zwei übrig bleiben werden. Wer dritter Sieger wird, muss ausscheiden, eine Bronze-Medaille wird nicht vergeben. Jedermann in Frankreich ist sich bewusst, dass es einen 21. April gab – jenes mystische, ja traumatische Datum im Jahr 2002, als für die französischen Sozialisten plötzlich nichts mehr war wie vorher. Ihr Mann war geschlagen, ihre Welt war zerstört.

Dieses Mal fällt der erste Wahlsonntag auf den 22. April, und alle, die sich selber Mut machen müssen, versprechen Überraschungen. Umfragen sind notorisch unzuverlässig, aber am wenigsten verlässlich sind die Prognosen, die den Rechtsradikalen Jean-Marie Le Pen betreffen. Wird er als Dritter ins Ziel gehen, oder gar als Zweiter?

Nach der derzeitigen Form dürfte die Entscheidung zwischen Nicolas Sarkozy, Ségolène Royal und François Bayrou fallen. An einen dieser drei Namen werden sich die europäischen Nachbarn, wird sich die Welt vom 6. Mai an gewöhnen müssen.

Beste Aussichten

Einstweilen, vor dem ersten Wahltag, bleibt Sarkozy der Favorit, auch wenn die schöne Kandidatin Royal wieder aufgeholt hat. In Dutzenden Umfragen hatte der ehemalige Innenminister vorne gelegen; aber sollte Ségolène Royal nicht seine Gegnerin in der Stichwahl am zweiten Wahlsonntag werden, dann hätte François Bayrou, der Mann der Mitte, die besten Aussichten, den bürgerlichen Rechten abzuhängen. „Ich bin der Einzige, der Sarkozy schlagen kann“, verkündet Bayrou denn auch – und stellt seinen ungebrochenen Optimismus zur Schau.

Weniger selbstsicher ist die Kandidatin. Ségolène Royal, die nur mühsam ihren zweiten Platz in den Umfragen behauptet, zeigt zunehmende Unsicherheiten. Ihr Verhältnis zu den Medien ist angespannt, Journalisten sind ihr unheimlich. Wenn überhaupt, gibt sie nur Interviews, die bis ins Letzte kontrolliert sind. „Ich bitte die Franzosen, das Wagnis zu wählen“, kann sie dann in einem Gratisblatt sagen, „ich stehe für ein gesichertes Wagnis.“ Im letzten Moment hatte sie vorigen Montag ein Interview mit der Zeitung *Le Parisien* abgesagt, das eigentlich eine perfekte Gelegenheit gewesen wäre, sich dem großen Publikum wieder einmal zu vermitteln. Die Pariser Zeitung geht mit solchen Interviews immer auf das Titelblatt und lässt die Kandidaten zwei Zeitungsseiten lang mit Lesern diskutieren. Am Mittwoch nutzte François Bayrou die Gelegenheit. „Wir sind nicht dazu da, dass sich die Zeitungen besser verkaufen“, verteidigt François Rebsa-



Wettstreit der Köpfe: Immer wieder überkleben Fans der Sozialistin Ségolène Royal die Plakate ihres Kontrahenten, des Konservativen Nicolas Sarkozy. AP

## Viel Form, wenig Inhalt

Polarisiert haben in diesem Wahlkampf vor allem die Kandidaten, die Programme rückten in den Hintergrund

Von Jeanne Rubner

Misstrauisch und unentschlossen – das ist der typische Wähler Frankreichs. Mehr als vier von zehn Befragten wussten Ende März noch nicht, wem sie ihre Stimme geben würden. Und während bei den letzten beiden Wahlen die unsichere Zukunft des Sozialstaats sowie die innere Sicherheit im Mittelpunkt standen, hat die Tageszeitung *Le Monde* diesmal als zentrales Thema „das Misstrauen“ gegenüber dem sozialistischen wie auch dem konservativen Lager ausgemacht. Weniger die Sachthemen als die Personen polarisierten. Um einige Fragen haben die Kandidaten dennoch gestritten.

**Umweltpolitik:** Sie gehörte zum ersten Mal zu den Konstanten des Wahlkampfes; nicht zuletzt, weil der Umweltaktivist Nicolas Hulot die Kandidaten gezwungen hatte, sich zu einer ökologischen Politik zu bekennen. Unterschiedliche Meinungen vertreten sie allerdings im Wesentlichen nur bei der Kernenergie, wobei nur die Grünen für einen Ausstieg plädieren. Die Sozialistin Ségolène Royal will den Anteil des Atomstroms zugunsten von erneuerbaren Quellen zurückfahren, ihr konservativer Kontrahent Nicolas Sarkozy und auch der Zentrist François Bayrou wollen neue Reaktoren bauen.

**Arbeitslosigkeit:** Sie ist in den vergangenen zwei Jahren zwar auf knapp neun Prozent zurückgegangen, aber immer noch hoch. Betroffen sind überwiegend Jugendliche, unter denen jeder Fünfte einen Job sucht. Ihnen will Ségolène Royal mit klassischen Fortbildungs- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen helfen. An der 35-Stunden-Woche will Royal nicht rütteln, allerdings sollen die Sozialpartner darüber verhandeln dürfen.

**Wirtschaft:** Für Sarkozy („Mehr arbeiten, um mehr zu verdienen“) steht die Lockerung der Arbeitszeit im Mittelpunkt. Zusätzliche Arbeitsstunden sollen erlaubt und zudem von Steuern und Abgaben befreit sein. Eher vage bleibt François Bayrou, der von „sozialer Marktwirtschaft“ spricht und die kleinen und mittleren Unternehmen stärken will.

Einwanderung: Sie ist mit Sarkozys Vorschlag, ein Ministerium für Einwanderung und nationale Identität einzurichten, wieder zum Thema geworden. Als Innenminister hatte Sarkozy das Einwanderungsgesetz verschärft: Die Familienzusammenführung wurde erschwert, der Staat kann künftig die Immigration stärker steuern. Als Präsident würde Sarkozy von Einwanderern auch Französischkenntnisse verlangen. Royal dagegen will die Gesetze wieder lockern und das Recht auf Einbürgerung nach zehn Jahren wieder einführen. Der Zentrist Bayrou will die Legalisierung illegaler Immigranten nur im Einzelfall zulassen und setzt generell auf eine gemeinsame EU-Politik.

**Einwanderung:** Sie ist mit Sarkozys Vorschlag, ein Ministerium für Einwanderung und nationale Identität einzurichten, wieder zum Thema geworden. Als Innenminister hatte Sarkozy das Einwanderungsgesetz verschärft: Die Familienzusammenführung wurde erschwert, der Staat kann künftig die Immigration stärker steuern. Als Präsident würde Sarkozy von Einwanderern auch Französischkenntnisse verlangen. Royal dagegen will die Gesetze wieder lockern und das Recht auf Einbürgerung nach zehn Jahren wieder einführen. Der Zentrist Bayrou will die Legalisierung illegaler Immigranten nur im Einzelfall zulassen und setzt generell auf eine gemeinsame EU-Politik.

**Einwanderung:** Sie ist mit Sarkozys Vorschlag, ein Ministerium für Einwanderung und nationale Identität einzurichten, wieder zum Thema geworden. Als Innenminister hatte Sarkozy das Einwanderungsgesetz verschärft: Die Familienzusammenführung wurde erschwert, der Staat kann künftig die Immigration stärker steuern. Als Präsident würde Sarkozy von Einwanderern auch Französischkenntnisse verlangen. Royal dagegen will die Gesetze wieder lockern und das Recht auf Einbürgerung nach zehn Jahren wieder einführen. Der Zentrist Bayrou will die Legalisierung illegaler Immigranten nur im Einzelfall zulassen und setzt generell auf eine gemeinsame EU-Politik.

**Einwanderung:** Sie ist mit Sarkozys Vorschlag, ein Ministerium für Einwanderung und nationale Identität einzurichten, wieder zum Thema geworden. Als Innenminister hatte Sarkozy das Einwanderungsgesetz verschärft: Die Familienzusammenführung wurde erschwert, der Staat kann künftig die Immigration stärker steuern. Als Präsident würde Sarkozy von Einwanderern auch Französischkenntnisse verlangen. Royal dagegen will die Gesetze wieder lockern und das Recht auf Einbürgerung nach zehn Jahren wieder einführen. Der Zentrist Bayrou will die Legalisierung illegaler Immigranten nur im Einzelfall zulassen und setzt generell auf eine gemeinsame EU-Politik.

**Einwanderung:** Sie ist mit Sarkozys Vorschlag, ein Ministerium für Einwanderung und nationale Identität einzurichten, wieder zum Thema geworden. Als Innenminister hatte Sarkozy das Einwanderungsgesetz verschärft: Die Familienzusammenführung wurde erschwert, der Staat kann künftig die Immigration stärker steuern. Als Präsident würde Sarkozy von Einwanderern auch Französischkenntnisse verlangen. Royal dagegen will die Gesetze wieder lockern und das Recht auf Einbürgerung nach zehn Jahren wieder einführen. Der Zentrist Bayrou will die Legalisierung illegaler Immigranten nur im Einzelfall zulassen und setzt generell auf eine gemeinsame EU-Politik.

**Einwanderung:** Sie ist mit Sarkozys Vorschlag, ein Ministerium für Einwanderung und nationale Identität einzurichten, wieder zum Thema geworden. Als Innenminister hatte Sarkozy das Einwanderungsgesetz verschärft: Die Familienzusammenführung wurde erschwert, der Staat kann künftig die Immigration stärker steuern. Als Präsident würde Sarkozy von Einwanderern auch Französischkenntnisse verlangen. Royal dagegen will die Gesetze wieder lockern und das Recht auf Einbürgerung nach zehn Jahren wieder einführen. Der Zentrist Bayrou will die Legalisierung illegaler Immigranten nur im Einzelfall zulassen und setzt generell auf eine gemeinsame EU-Politik.

Aktuelles Lexikon

Unschuldsvermutung

Die Unschuldsvermutung ist einer der wichtigsten Grundsätze des Rechtsstaats. Danach gilt jeder Beschuldigte bis zum rechtskräftigen Beweis des Gegenteils als nicht schuldig und ist dementsprechend zu behandeln. Die Unschuldsvermutung ist Teil des Rechtsstaatsprinzips nach Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), Artikel 6 Absatz 2, formuliert wie folgt: „Bis zum gesetzlichen Nachweis einer Schuld wird vermutet, dass der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist.“ Dieser Wortlaut ist auf Beschuldigte, also auf Ermittlungs- und Strafverfahren zugeschnitten, das heißt auf die sogenannten Repression. Mittlerweile gibt es allerdings auch im Bereich der Prävention, also der Gefahrenvermeidung, Maßnahmen mit großer Eingriffsintensität. Der Staat hat sich an das Prinzip der Unschuldsvermutung zu halten. Es gebietet beispielsweise Zurückhaltung bei öffentlichen Fahndungen. Journalisten sind auch nach Ziffer 13 des Pressekodex zur Beachtung der Unschuldsvermutung verpflichtet. Auch die im Dezember 2000 in Nizza vom Rat der Europäischen Union proklamierte „Charta der Grundrechte“ fordert die Beachtung der Unschuldsvermutung. Im „Grünbuch über die Unschuldsvermutung“ vom April 2006 hat die EU-Kommission verlangt, dass Anti-Terror-Gesetze der Mitgliedsländer mit der EMRK vereinbar sein müssen. SZ

## Von rechts in die Mitte

Nationalist Le Pen gibt sich zahm

Von Michael Kläsgen

Er ist der große Unbekannte in den Umfragen. Jeder fünfte Franzose sympathisiert mit den Ideen des Rechtsaußen Jean-Marie Le Pen, so viel ist bekannt. Wie viele den 78-Jährigen am Sonntag tatsächlich wählen? Um das herauszufinden, haben die Meinungsforschungsinstitute eigens ihre Fragetechnik geändert. Jetzt schwanken die Angaben für Le Pen, je nach Institut, zwischen 12 und 16 Prozentpunkten.

Bei der Wahl 2002 hatten ihn Vorhersagen weit abgeschlagen gesehen. Plötzlich aber landete er unversehens in der Stichwahl. Frankreich stand unter Schock. Viele Linke waren nicht zur Wahl gegangen oder hatten ihre Stimme an Kandidaten am linken Rand vergeben. Diesmal jedoch erwarten die Meinungsforscher eine hohe Wahlbeteiligung. Damit dürfte sich das Gewicht der Stammwähler von Le Pen relativieren und dessen Stimmanteil sinken. Außerdem zieht der bürgerliche Kandidat Nicolas Sarkozy Le-Pen-Wähler an. Bis zu 25 Prozent von ihnen könnten zu Sarkozy wechseln.

Andererseits ist Le Pen selbst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Zu seiner Kundgebung am Sonntag in Paris erschienen nicht nur Kahlköpfe in Springstiefeln – ein Erfolg seiner Taktik, sich gemäßig zu zeigen. Erst in den vergangenen Tagen drehte er auf und beschimpfte Sarkozy mit bösamem Sprachwitz als „Repräsentanten des politischen Abschaums“. Sarkozy hatte vor anderthalb Jahren jugendliche Brandstifter in den Vororten als „Abschaum“ bezeichnet. Um seine Glaubwürdigkeit zu erhöhen, legte Le Pen außerdem erstmals ein konkretes Programm vor. Das enthält neben Forderungen wie „Franzosen zuerst“ und „Null-Einwanderung“ viel Widersprüchliches. So will er zwar den europäischen Einigungsprozess stoppen, aber die Subventionen für die Bauern erhöhen.



Jean-Marie Le Pen Kundgebung am Sonntag in Paris. Foto: AFP

Außenansicht

## Trotz Ölreichtums bleiben die Afrikaner arm

Damit auch die Bevölkerung von den Einnahmen profitiert, müssen Sanktionen gegen korrupte Eliten verhängt werden

Von Thorsten Benner und Ricardo Soares De Oliveira

mal die Aussprache der langen Zauberformel. Und Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul attestierte euphorisch: „In der kurzen Zeit ihres Bestehens ist EITI eine Erfolgsgeschichte sondergleichen geworden.“

Das Wachstum der Initiative seit der Gründung im Jahre 2002 ist in der Tat beeindruckend. Mittlerweile gehören ihr über 20 Mitgliedsstaaten an. Führende NGOs und Unternehmen unterstützen die EITI. Unbestritten ist die Grundidee eine gutgemeinte. Im Rahmen der EITI bekunden Unterzeichnerländer den Willen zur regelmäßigen Offenlegung aller Zahlungen von Unternehmen an die Regierungen sowie der Einkünfte der Regierungen von Ölfirmen. Dies soll Transparenz schaffen. Die Zivilgesellschaft soll die Umsetzung überwachen helfen. Doch in der Realität fehlen der auf Freiwilligkeit

beruhenden Initiative die Zähne. Für korrupte Eliten ist es billig, der EITI beizutreten, wenn sie keine wirklichen Sanktionen zu fürchten haben. Die Zivilgesellschaft in ölfördernden Staaten ist zudem oft zu schwach und zu zerstritten, um Transparenz einfordern und politisch nutzen zu können. Zudem sehen sich die Eliten in Staaten wie Angola mittlerweile am längeren Hebel, können sie doch nach Gusto zwischen westlichen Firmen und neuen Kunden wie China wählen und diese gegeneinander ausspielen.

Dennoch sollten wir nicht den Kopf in den Sand stecken. Der Westen hat eine beträchtliche Marktmacht, die er bislang nicht ansatzweise ausgespielt hat. Wenn wir es ernst meinen mit der Förderung von guter Regierungsführung, dann sollten wir nicht allein auf freiwillige Initiativ-

ven wie die EITI setzen. Eine komplementäre Strategie sollte vier Elemente umfassen.

Erstens sollten wir das Thema „gute Regierungsführung“ ins Zentrum der Diskussion um Energiesicherheit befördern und es neben Versorgungssicherheit, Preisstabilität und Umweltverträglichkeit als Kernziel etablieren. Dies ist leider bislang alle andere als selbstverständlich, wie das heute und morgen stattfindende „Deutsche Afrika-Energieforum“ demonstriert. Unter Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministeriums versammeln sich hier über 200 Teilnehmer aus der deutschen und afrikanischen Wirtschaft. Afrikanischen Öleliten wie dem Energieminister Äquatorial-Guineas wird hier ein Forum geboten, sich deutschen Firmen anzupreisen, ohne dass das Thema gute Regierungsführung und Transparenz auch nur einmal im Programm der Konferenz auftaucht.

Dies muss sich ändern. In Deutschland und Europa heißt dies, dass gute Regierungsführung in Produzentländern nicht nur Sache der Entwicklungspolitik sein sollte, sondern Kernelement der Außenwirtschafts- und Energiepolitik. Global sollten wir das Ziel einer guten Regierungsführung in Produzentländern nicht nur in IWF und Weltbank, sondern auch in – die Thematik bislang ignorierenden, aber wichtigen – Institutionen wie der Internationalen Energieagentur verankern.

Zweitens: die Verhängung von Reise-sanktionen gegen korrupte Eliten. Bei aller Liebe zu China gehen die Eliten der afrikanischen Petrostaaten ihren Konsumgelüsten immer noch lieber in Paris, Lissabon, Brüssel, New York und London als in Peking oder Schanghai nach. Drittens: die Offenlegung der Zahlungsströme nicht nur in Produzentländern, sondern im gesamten globalen Finanzsystem. Offshore und Onshore-Bankgeschäfte und Steueroasen (nicht nur auf den Cayman-Inseln, sondern in London, Zürich und anderswo) erlauben es korrupten Eliten, nach Belieben mit dem ihren Bevölkerungen gestohlenen Geld



Thorsten Benner (links) ist Vizedirektor des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin. Ricardo Soares De Oliveira (rechts) ist Fellow am Sidney Sussex College der Universität Cambridge und am GPPi. Fotos: images

Der neue Golf liegt in Westafrika. Der Golf von Guinea ist weltweit die am stärksten wachsende Ölförderregion. Die USA importieren heute mehr Öl aus dem Golf von Guinea als aus Saudi-Arabien und Kuwait. Angola ist mittlerweile Chinas wichtigster Öllieferant. Hierzulande stammt knapp ein Fünftel der Öllimporde aus Afrika. Doch die sprudelnden Petrodollars kommen nur einer kleptokratischen Elite zugute. Fünf Jahre nach Ende des Bürgerkrieges wartet etwa die Bevölkerung Angolas vergeblich auf eine Entwicklungsdividende aus dem Erdölreichtum. Die Rede vom „Ressourcenfluch“ macht die Runde. Doch es ist nichts (Über-)Natürliches im Spiel bei der Misswirtschaft mit den Erdöleinnahmen. Sie ist das Resultat der eingespielten Realpolitik, der Partnerschaft zwischen Produzentstaaten, Ölfirmen und Konsumenten: Solange Afrika das Öl liefert, werden keine weiteren Fragen gestellt.

Die gute Nachricht: Mittlerweile haben die G-8-Staaten, angetrieben von der Bundesregierung, die fatalen Folgen dieses eindimensionalen Ansatzes erkannt und das Thema Transparenz und gute Regierungsführung in afrikanischen Ölstaaten auf die Tagesordnung des Heiligendamm-Gipfels gesetzt. Die schlechte Nachricht: Die Mittel zur Erreichung dieses Zieles sind unzureichend. Die G 8 setzt alle ihre Hoffnung auf die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI). So übte Angela Merkel jüngst beim BDI-Rohstoffkongress schon ein-

zu wirtschaften. Eine breite zivilgesellschaftliche Kampagne gegen „schmutziges“ Geld, das den Weg in das globale Finanzsystem findet, fehlt bislang. Überfällig ist auch, dass alle OECD-Staaten den Besitz und das Handeln mit gestohlenen Geld und Gütern strafbar machen, auch wenn die Tat im Ausland begangen wurde.

Viertens: die Mobilisierung der Verbrauchermacht. Für vom Leiden der afrikanischen Bevölkerung aufgerüttelte Gutmenschen ist es billig, sich gegen „Blutdiamanten“ zu wenden, sind Diamanten doch ein leicht verzichtbares Luxusgut. Beim Öl, dem Schmiermittel unserer Wirtschaft, verhält sich das bislang anders. Kampagnen gegen „Blutöl“ sucht man vergebens. Solange die Mehrzahl der Verbraucher an der Zapfsäule nicht nach „Entwicklungsoil“ verlangt, das der breiten Bevölkerung in Entwicklungsländern zugute kommt, fehlt der Agenda für Transparenz und gute Regierungsführung ein entscheidender Baustein.

Wenn uns im Zweifelsfall Versorgungssicherheit und Preis wichtiger sind als gute Regierungsführung und Entwicklung, sollten wir dies offen zugeben. Doch wenn wir den Afrikanern die Entwicklungsdividende aus ihrem Ölreichtum sichern helfen wollen, dann sollten wir unsere Verbrauchermacht und Verantwortung zumindest ansatzweise nutzen.